



SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin

**Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!**

Man reibt sich verwundert die Augen. Binnen weniger Wochen erhöht Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die Wachstumserwartungen für die deutsche Wirtschaft deutlich. Das wäre eine erfreuliche Nachricht, wenn der Internationale Währungsfonds nicht erst kürzlich vor einer Stagnation in Deutschland gewarnt hätte.

Das nährt den Verdacht einer rein interessengeleiteten Prognose. Ihr Ziel: die Basis für eine bessere Steuerschätzung schaffen, damit die offen ausgetragenen Konflikte in der Ampelkoalition mit Geld zugeschüttet werden können. Das aber wäre dann eine Konjunkturprognose nach dem Pippi-Langstrumpf-Prinzip: „Ich male mir die Welt, wie sie mir gefällt.“

Besser als eine solche Prognose-Kreativität wäre eine seriöse Politik, die Wachstumsimpulse setzt, Vertrauen schafft und das Land voran bringt. An dieser Aufgabe aber ist die Ampelkoalition bislang gescheitert. Wie ein verlässlicher Weg aussieht, haben CDU und CSU in dieser Woche gezeigt. Dazu mehr in diesem Newsletter.

Unterdessen dreht die Debatte über die Heizungsmodernisierung eine neue Runde. Die FDP, die dem Gesetzentwurf im Kabinett zugestimmt hat, reagierte auf den öffentlichen Aufschrei nach bereits bekanntem Muster. Sie versprach Änderungen und fasste auf ihrem Bundesparteitag einen entsprechenden Beschluss. Das Ergebnis ähnlicher Pirouetten in der Vergangenheit war– nichts.

Weiter Unklarheit herrscht unterdessen über die Details der von Habeck und Bauministerin Geywitz versprochenen Hilfen für die Umrüstung von Heizungen.

CDU und CSU hatten bereits vor fünf Monaten ein Eckpunktepapier zur Wärmewende in den Bundestag eingebracht - ohne unverträgliche Belastungen für Bürgerinnen und Bürger. Wegen der rot-grün-gelben Blockadehaltung wurde erst in dieser Woche abschließend im Parlament darüber beraten. Am Ende brachte die Ampelmehrheit – einschließlich der FDP - den Antrag zu Fall. Über unseren Plan können Sie sich [hier](#) informieren.

Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Freude beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

CDU und CSU fordern mehr Unterstützung für Kommunen



Die Kommunen stehen vor immer größeren Problemen bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Zwei „Flüchtlingstipfel“ der Bundesregierung blieben ohne Ergebnis. Jetzt machen sich CDU und CSU daran, eine Lösung der Probleme vorzubringen.

Gemeinsam mit den Kommunen hat die Unionsfraktion im Nachgang zu ihrem Kommunalgipfel Ende März, an dem parteiübergreifend Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte aus ganz Deutschland teilnahmen, einen [Antrag](#) zur Flüchtlings- und Migrationslage erarbeitet. In dieser Woche wurde darüber erstmals im Bundestag diskutiert.

In dem Antrag fordern CDU und CSU: Die Migrationspolitik muss endlich Chefsache innerhalb der Bundesregierung werden. Die Bundesregierung hat es in der Hand, die Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, spürbar zu reduzieren und zu steuern. Auch muss der Bund den Kommunen bei den entstehenden Kosten zur Seite stehen. Nur so

können die Kommunen entlastet und die Akzeptanz der humanitären Verantwortung für tatsächlich Schutzbedürftige erhalten werden.



Sebastian Brehm: „Bei unserem Kommunalgipfel sind zwei Punkte deutlich geworden: Erstens ist die Bereitschaft, geflohenen Menschen in Not

beizustehen, überall in unserem Land nach wie vor groß. Zweitens ist aber festzustellen, dass die Ressourcen für die Aufnahme weiterer Asylbewerber an ihre Grenzen stoßen. Es fehlt an mehr als nur an Geld: Es mangelt an Wohnraum, Kinderbetreuung und Kapazitäten in Behörden und Schulen. CDU und CSU stehen gemeinsam mit den Kommunen für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik.“

Impulse für mehr Wachstum und Arbeitsplätze



Die deutsche Wirtschaft befindet sich am Scheideweg. Entwickelte sich Deutschland unter den unionsgeführten Bundesregierungen zum Wachstumsmotor Europas, droht jetzt „Stagflation“. Laut einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW ist unser Land der große Verlierer im internationalen Standortwettbewerb - zu viel Bürokratie, hohe

Steuerlast, hohe Energiekosten, sinkende Innovationsbereitschaft zu langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren, hohe Steuern und Sozialabgaben, Fachkräftemangel.

CDU und CSU haben jetzt einen [Plan](#) vorlegt, wie Deutschland wieder in Schwung gebracht werden kann. Dazu zählt insbesondere das inländische Arbeitskräftepotenzial durch mehr Anreize zur Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung voll auszuschöpfen. Als Beispiel nennt der Antrag eine Reform des Arbeitszeitgesetzes, um flexiblere und damit attraktivere Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen. Auch eine geordnete Fachkräftezuwanderung aus dem Ausland soll gefördert werden, ohne asyl- und erwerbsbezogene Zuwanderung unzulässig zu vermischen.

Weitere wichtige Punkte sind die technologische Souveränität in Deutschland insbesondere im Bereich von Schlüsseltechnologien sowie Wissenschaft, Forschung und Innovation zu stärken. Dazu muss auch die Forschungs- und Innovationsförderung des Bundes technologieoffen und gründerfreundlich weiterentwickelt werden.

Gefordert werden in dem Papier der Unionsfraktion zudem verbesserte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten, um der zunehmenden Investitionszurückhaltung deutscher Firmen gegenzusteuern. Dringend nötig ist auch ein Moratorium, das alle Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte durch Gesetze und andere Regelungen auf europäischer und nationaler Ebene auf den Prüfstand stellt und für Abhilfe sorgt.

In meiner [Rede](#) habe ich deutlich gemacht, wo und warum der Schuh drückt.

Verwaltungsmodernisierung stockt im Ampelstreit



Verwaltungsmodernisierung – und digitalisierung hat sich die Ampelkoalition auf die Fahnen geschrieben. Doch statt Lösungen vorzulegen, rollt die Ampel den Streit über den richtigen Weg neu auf. Wieder einmal ist sie sich in wichtigen Fragen nicht einig. Das zeigt die aktuelle Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Exemplarisch dafür ist der Streit um das Onlinezugangsgesetz. Damit sollen deutschlandweit digitale Angebote in den Behörden ausgerollt werden.

Doch statt das Thema zur Chefsache zu machen, lässt es die zuständige Bundesinnenministerin Nancy Faeser seit Monaten schleifen. Auf Fristen will sie sich nicht festlegen. Sie verschleppt dadurch die Digitalisierung. Kommunen und Länder warten unterdessen händeringend auf zielführende Regelungen und Budgetzusagen von der Bundesregierung.

Eine Lösung aber ist nicht in Sicht. Die FDP verlangt nach einem neuen Gesetz. Die Grünen wiederum stellen mit der so genannten Registermodernisierung das Herzstück einer modernen Verwaltung infrage. Unverständlich auch, dass Ampel-Vertreter erneut die Steuer-ID

als Identifikationsnummer für die Registermodernisierung kritisieren. Dabei ist diese Lösung für das einheitliche Personenkennzeichen in der vergangenen Legislaturperiode sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat beschlossen worden – unter Zustimmung von Ländern mit FDP- und Grünen-Regierungsbeteiligung.



Sebastian Brehm: „Es ist ein Trauerspiel: zu langsam, zu umständlich und zu uneinig. Das ist auch hier das rot-grün-gelbe Grundprinzip. Wo

die frühere unionsgeführte Bundesregierung einen entscheidenden Schritt nach vorne gegangen ist, macht die Ampel-Regierung jetzt eine Rolle rückwärts. Wenn die Ampel so weitermacht, wird die digitale Transformation unserer Verwaltungen massiv ausgebremst.“

Busse für eine alltagstaugliche und klimafreundliche Mobilität

CDU und CSU rücken die Busse ins Zentrum der Diskussion über den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Zwei Drittel aller Fahrten im ÖPNV werden mit dem Bus gemacht. In der öffentlichen ÖPNV-Debatte aber führen

die Busse und ihre Betreiber – kommunale Verkehrsbetriebe ebenso wie mittelständische Busunternehmen – ein Schattendasein.

CDU und CSU haben jetzt einen umfangreichen [Katalog](#) für verbesserte Rahmenbedingungen in den Bundestag eingebracht. Dazu gehört eine neue Fördersystematik für Höhe und Verteilung der Regionalisierungsmittel, einen Ausgleich für entgangene Einnahmen durch das 49-Euro-Ticket sowie erhöhte Energie- und Treibstoffkosten garantiert. Ferner fordert die Unionsfraktion ein Konzept, wie Schnell- und Regionalbusachsen in Regionen ohne Schienenanbindung besser entwickelt und betrieben werden können.

In den Fokus gerückt wird auch der Mangel an Busfahrern. Deren Ausbildung soll kompakter und günstiger – und damit attraktiver werden. Fahrer aus Drittstaaten mit einem dort gültigen Busführerschein sollen schon im Herkunftsstaat die EU-Qualifikation erwerben können. Außerdem soll der Bund die Umrüstung auf klimaneutrale Bus-Antriebe finanziell unterstützen.

Sebastian Brehm: „Ein schneller Ausbau des ÖPNV-Angebots in der Breite, das gleichzeitig klimafreundlich ist, gelingt nur mit dem Bus. Der aber benötigt eine langfristige Finanzierung und kluge politische Rahmenbedingungen.“

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.